

8. KAPITEL: "EINE ANDERE GESCHICHTE" - WARUM DIE EU NICHT AMERIKA IST

"Ich möchte ein solcher werden wie einmal ein anderer gewesen ist." Peter Handke, Kaspar

*„Pobre México! Tan lejos de Dios y tan cerca de Estados Unidos." Porfirio Díaz,
mexikanischer National-Diktator*

Nach seinem Rücktritt in der Montanunion rief Jean Monnet eine Lobby-Gruppe für die europäische Integration ins Leben, das „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa", ein für ihn typisches Netzwerk, an dem „europäisch" gesinnte Spitzenpolitiker und -gewerkschafter aus den Ländern der Gemeinschaft teilnahmen. Wie sich aus dem Namen ersehen lässt, erblickte Monnet in den USA eine Art Kopiervorlage für die politische Einigung des alten Kontinents.

Auch für seinen Mitkämpfer Coudenhove-Kalergi und dessen amerikanische Financiers waren die USA das Vorbild. Er bezeichnete die Idee der „Vereinigten Staaten" in einem seiner Bücher als „Wegweiser für Paneuropa".

Auch heute taucht der Gedanke alle Augenblicke an irgendeiner Ecke auf und mündet in den Seufzer, den der alte Goethe ausgestoßen hat: „Amerika, du hast es besser als unser Kontinent, der alte!"¹ Was eine Aussage über Amerika zu sein scheint, ist in Wahrheit eine über Europa. Er spricht über den Kontinent nach dem Ende Napoleons, als der österreichische Kaiser, der russische Zar und der preussische König unumschränkt herrschten. Ohne es auszusprechen meinte Goethe auch den deutschen Bund, der sich aus Dutzenden kleinen Fürstentümern zusammensetzte.² Wie gut glauben Intellektuelle von heute den Überdruß am Europa der Restauration nachvollziehen zu können, den Widerwillen des Dichturfürsten gegen das konservative Interessendickicht seiner Zeit!

Und doch: diese Gegenüberstellung von Amerika und Europa ist nicht ganz wörtlich zu nehmen. Es ist eine Mischung von Ironie und Neid, die in Goethes Worten mitschwingt: "Dich stört nicht (...) unnützes Erinnern und vergeblicher Streit". Was immer Goethe damals über den Nutzen und Nachteil der Historie gedacht haben mag - mit zwei Aussagen ist es ihm offenbar ernst: einmal, dass die Amerikaner das Glück hatten, ganz von vorne, auf einer unbeschriebenen Tafel, anfangen zu können; und zweitens, dass die Europäer diese Option nicht hatten.

Das will auch Menschen des 21. Jahrhunderts nicht so recht in den Schädel - vielen Europäern nicht, und erst recht nicht den Amerikanern. Sie verstehen nicht, dass die Europäer in ihre kleinen politischen Einheiten so verliebt sind. Statt sich endlich in den „größten Superstaat der Welt" zu verwandeln, wollen sie lieber "eine Ansammlung zahnloser Kleinstaaten" bleiben, schüttelt beispielsweise Eric T. Hansen, ein in Deutschland lebender Amerikaner, den Kopf.³

„Europa, das sind lauter konkurrierende Kleinreiche, die sich am liebsten nur mit ihrem eigenem Bauchnabel beschäftigen und ab und zu über ihre Nachbarn meckern wollen", meint der Satiriker und behauptet: „Bei uns dauerte die Verwirklichung der Demokratie von der Idee bis

¹ Zahme Xenien, 1827

² <http://de.wikipedia.org/wiki/Kleinstaaterei>

³ <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-10/usa-europa-politik-nobelpreis>

zur Verfassung etwa 12 Jahre (...) Wo liegt das Problem? Sind die Europäer überhaupt zu irgendwas selbst in der Lage?"

Die Zukunft gehöre den großen Mächten. Europa stehe heute vor derselben Entscheidung wie Amerika 1776, glaubt er: „Entweder gespalten, klein und unbedeutend weiterwursteln oder sich zusammentun und die Geschichte zu verändern.“

Hansens Sicht der eigenen, amerikanischen Geschichte ist so vereinfacht, dass diese nicht einmal unter Nachsicht aller Taxen richtig ist. Aber der Vergleich, den er mit Europa anstellt, ist jenseits des großen Teichs auch unter Intellektuellen gang und gäbe und wird auch von den Integrationisten in Europa nachgeplappert. Auch diese fragen: „Warum können wir Europäer nicht, was Amerika im 19. Jahrhundert geschafft hat?“

Weil die natürlichen und kulturellen Bedingungen und die politischen Optionen der heutigen europäischen Staaten völlig andere sind, pflegte der vor zwei Jahren verstorbene britisch-amerikanische Historiker Tony Judt zu antworten. Judt hat die Angelsachsen studiert, aber er war einer der besten Kenner des Alten Kontinents (und ein besonders scharfzüngiger Kritiker der Europäer).

Europa sei eine „ganz andere Geschichte“, resümiert er beispielsweise in einem schon vor längerem erschienenen Interview.⁴ „Wenn man all die Unterschiede bedenkt, dann kann man die USA wohl nicht als einen hilfreichen Führer zu einer Föderation in Europa betrachten.“

Im Gegensatz zu Europa hätten die Amerikaner eine gemeinsame Sprache, Kultur und ein „gemeinsames Projekt“. Wie Goethe meint auch Judt, sie USA hätten die Möglichkeit gehabt, sozusagen bei "Stunde Null" anzufangen: „Die USA begannen (...) von einem kleinen Territorium aus - den 13 Kolonien - und breiteten sich von dort aus auf ein Gebiet aus, das als unberührtes Land betrachtet wurde. Nichts musste rückgängig gemacht werden, weder Geschichte, noch Politik, Einrichtungen oder Erinnerungen.“

Auch das ist in mancher Hinsicht nicht richtig. Im Vergleich zwischen den USA und Europa mit seiner tausendjährigen Feudalepoche ist dies aber eine treffende Bemerkung.

Rot-Weiß-Blaupause USA

An der Wiege der US-amerikanischen Einheit stand der Unabhängigkeitskrieg zwischen 1775 und 1783, als aus Europa stammende Siedler gegen den britischen König rebellierten. Es handelte sich um oft wohlhabende, männliche Steuerbürger, die zu vielleicht 90 Prozent die gleiche Sprache sprachen. Gegen welchen gemeinsamen Steuerherren sollen sich die heutigen Europäer empören und in welcher Sprache ihre Tea Party verabreden oder ihre Freiheitsdeklaration verfassen? Die erste Sprache eines jeden der 55 Delegierten des amerikanischen Verfassungskonvents von 1787 war Englisch.⁵

Doch die anfängliche Homogenität war aber nicht der einzige Kitt, der die neu entstehende Nation zusammenhielt. Die folgenden 80 Jahre standen im Zeichen gewaltiger Veränderungen, die in ihren Bann zogen, aber auch gewaltige Fliehkräfte schufen. Es war die Zeit der Industrialisierung und der Einwanderungswellen von Armen und Verfolgten aus der Alten Welt.

⁴ Vom Glauben an die eigene Einmaligkeit, Die Welt, 21.9.2001; <http://www.welt.de/print-welt/article477037/Vom-Glauben-an-die-eigene-Einmaligkeit.html>

Ihnen versprach Amerika wirtschaftliche Chancen und Freiheit von politischer Unterdrückung. Dies bildet bis heute den Kern des Wir-Gefühls der Amerikaner. Es ist das „gemeinsame Projekt“, von dem Judt spricht.

Bei der Landnahme im Westen und Süden entstanden neue Staaten, die sich nach und nach anschlossen. Die Mehrzahl der heute 50 Staaten ist bereits vor dem Beginn des Bürgerkriegs 1861 dazu gestoßen. Das war ein größtenteils freiwilliger Prozess - aber ein nicht unbeträchtlicher Teil ist auch dazugekauft worden. Wieder andere Gebiete wurden militärisch erobert und annektiert (Florida, Texas, New Mexico).

Dabei ist etwas entstanden, was man heute als Willens- oder Staatsnation bezeichnet. In einer solchen „leben zwar ethnisch verschiedene einheimische Volksgruppen, die sich aber dem gemeinsamen Staatswesen, dem Vielvölkerstaat, zugehörig fühlen. Diese Länder werden in diesem Sinne auch als **Staatsnationen** bezeichnet.“⁶

Der Wille zum Aufbau einer Nation bedeutet natürlich nicht, dass die Verschmelzung bzw. Ausdehnung friedlich oder gar gewaltlos erfolgt ist. Die amerikanische Nation ist an der Hüfte mit ihrer, siamesischen Zwilling, der Westexpansion verwachsen. Den höchsten Preis für diese entrichteten die Ureinwohner, die „First Nations“, wie sich die Reste der „Indianer“ heute nennen. Diese haben, wie bekannt, für die amerikanische Nationswerdung mit ihrer Freiheit und ihrem Leben bezahlt.

Das war aber nicht der einzige Preis, der in Blut entrichtet werden musste. Von 1861 bis 1865 fand ein Bürgerkrieg statt, der mehr Amerikaner das Leben kostete als die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts zusammengenommen.

Auslöser und zweifellos wichtigster Streitpunkt zwischen Nord und Süd war die Sklaverei. Die hatte es schon während der Kolonialzeit gegeben und auch manche „Gründerväter“ ließen ihre Felder von schwarzen Leibeigenen bewirtschaften. Die Sklaverei war für reiche Weiße damals etwas Selbstverständliches.⁷ Das, obwohl sie den philosophischen Grundlagen des neuen Staats von Anfang an krass widersprach. Nicht umsonst werden in der Unabhängigkeitserklärung von 1776 das "Leben, die Freiheit und die Möglichkeit nach Glück zu streben" als unveräußerliche Menschenrechte angesehen.

Im Norden war die Sklaverei dann auch schnell verboten oder wenigstens verpönt. Der agrarisch dominierte Süden, der glaubte, mit seinen Plantagen wirtschaftlich auf die Zwangsarbeit angewiesen zu sein, wollte das Thema nicht so prinzipiell sehen.⁸ Für die Südstaatler war es nur eines unter mehreren, bei denen sie sich von den Yankees, den Nordstaatlern, bevormundet fühlten.

Tatsächlich ging es auch um die Dominanz in den neu dazu gekommenen Gebieten im Südwesten, um Zölle und Handelspolitik und vor allem um das Recht einzelner Staaten, sich von den USA abspalten zu dürfen. Wegen dieses Aspekts wird der amerikanische Bürgerkrieg auch

⁵ <http://www.us-english.org/view/636>

⁶ <http://de.wikipedia.org/wiki/Willensnation>

⁷ "As the economic basis of this undemocratic world, slavery was commonplace and unquestioned, fostering an idle, dissolute existence for rich young Virginians." Ron Chernow, Washington, a Life, 2010. In seinem Testament verfügte Washington übrigens die Freilassung seiner Sklaven,

⁸ Zum 50 Jahre währenden erbitterten Streit zwischen Sklavereigeignern und -befürwortern siehe Elizabeth R. Varon, Disunion! 2008. Die Autorin zeigt gut, wie beide Seiten gezielt die Vorstellung von der nationalen Einheit und die Angst vor ihrem Ende einsetzten, um ihr jeweiliges Anliegen zu befördern.

Sezessionskrieg genannt.

Der Funke, der das Pulverfass explodieren ließ, war die Wahl des Sklaverei-Gegners Abraham Lincoln zum Präsidenten. Gleich danach erklärten sich sieben States für unabhängig und bildeten die Konföderation, den Bund der Südstaaten. Ihrer Rechtsansicht nach war das in Ordnung, weil die USA ein Pakt souveräner Staaten war und die Zentralregierung in ihre Kompetenzen überschritten hatte.⁹ Für die Juristen im Norden war der Verfassungsgeber dagegen das Volk, das gewollt hatte, dass die Bundesregierung über den Mitgliedsstaaten stehen solle. Ironischerweise bestätigen zeitgenössische progressive Historiker, die politisch-moralisch mit den Abolitionisten sympathisieren, im Rückblick die Rechtsansicht der Südstaaten.¹⁰

Das war ein klassischer verfassungsjuristischer Grundsatzstreit, der schon mit der Herausbildung der USA begonnen und der beileibe nicht nur mit der Sklaverei zu tun hatte. Er sollte einem heutigen Europäer nicht ganz fremd vorkommen. Vor allem angesichts der unterschiedlichen europäischen Verfassungsschichten ist das Konfliktmuster des amerikanischen Bürgerkriegs eines, auf das das EU-Konglomerat wie von selbst zuzusteuern scheint.

Fragen wie diese werden fast immer auf dem Schlachtfeld entschieden. Die Amerikaner kämpften vier Jahre lang mit Erbitterung. Wie bekannt, gewann der Norden. Die USA brachen nicht auseinander und das Gemetzel hinderte sie auch nicht daran, im 20. Jahrhundert zur dominanten Weltmacht aufzusteigen. Aber die humanitären und wirtschaftlichen Kosten des Bürgerkriegs waren hoch. Eine Million Menschen verlor ihr Leben und der kulturelle Riss zwischen Nord und Süd ist bis heute noch nicht verschwunden- Nach dem Völkermord an den Eingeborenen war der Bürgerkrieg der zweite Blutzoll, der für die Einheit der Vereinigten Staaten entrichtet worden war.

Kriegsdrohungen

„All violence consists in some people forcing others, under threat of suffering or death, to do what they do not want to do.“ Leo Tolstoi

In demokratischen Normalzeiten ist die Erinnerung an Kriege aus der jüngeren Vergangenheit etwas, das Politiker tunlichst aus dem Alltag verbannen und auf Gedenktage beschränken. Dort sind die immer stärker verblassenden kollektiven Erinnerungen eingehegt und werden höchstens als Bestandteile für Jubiläumsansprachen verwendet.

Der politische Nutzwert, der aus dem Krieg gezogen werden kann, ist üblicherweise nicht allzu groß. Die unnötige Rede von einem Krieg, den die Menschen nicht mehr in ihren Köpfen und auf ihren Seelen haben, ist ein zweischneidiges Schwert. Allzu leicht kann er die Pferde scheu machen.

Irgendwann im Jahr 2010 haben die europäischen Politiker den Krieg aber aus seiner Umzäunung geholt, um ihn für den Bau ihrer EU-Hüpfburg einzusetzen. Seither macht er ihre Reden unsicher, wenn vorerst auch nur in einer Nebenrolle. Üblicherweise tritt er lediglich in

⁹ http://en.wikipedia.org/wiki/Compact_theory

¹⁰ "The compromises led thoughtful national leaders to appreciate that where slavery was concerned, the Union was based on a sectional compact, since the Constitution lacked agreed- upon moral foundations, allocations of political authority between different levels of government (...)", George William Van Cleve, „A Slaveholders' Union : Slavery, politics, and the constitution in the early American Republic, 2010

Nebensätzen auf. Dort fungiert er als Schreckgespenst, um die Angesprochenen auf Opfer einzustimmen, die sie erbringen müssen um Schlimmeres zu verhindern. „Wink mit dem Zaunpfahl“, heißt das passende Sprachbild.

Das gilt nicht nur für die Feiertagsrede des österreichischen Bundespräsidenten. Beispiele dafür liefert auch die deutsche Kanzlerin immer wieder. Im November 2011 sagte sie vor dem Bundestag: „Niemand sollte glauben, dass ein weiteres halbes Jahrhundert Frieden und Wohlstand in Europa selbstverständlich ist.“¹¹

Die Redeabsicht der Merkel war, dem Parlament zu verklickern, warum die Deutschen mehr Geld lockermachen müssten, und dass „Griechenland“ erneut Maßnahmen benötige, weil die vor einem halben Jahr beschlossenen „heute nicht mehr tragfähig“ seien.

Dabei wiederholte sie den damals aktuellen Zielwert für die „Schulden Tragfähigkeit“ des Pleite-Staats - 120 Prozent am BIP im Jahr 2020. Eine Vorgabe, die eineinhalb Jahre später als völlig unrealistisch erkannt werden kann. 120 Prozent binnen sechs Jahren ohne einen Schuldenschnitt niemals erreicht werden, auch dann nicht, wenn die Rückzahlung über Jahrzehnte vertragt, die nominale Schuld aber beibehalten wird. Aus eigener Kraft, ohne ein drittes und vielleicht viertes Paket geht das nicht. Das sagt auch die EZB offen - ohne freilich bereit zu sein, einen mehr als symbolischen Beitrag zur Lösung des Problems zu leisten.¹²

Dass es ohne ein weiteres Hilfspaket nicht geht wird, konnte die Merkel schon 2011 wissen und das konnte sie sogar in der Zeitung lesen.¹³

Trotzdem tat sie so, als wäre das Problem damit gelöst und schwindelte, das Opfer sei wegen der gemeinsamen Währung und wegen des Friedens in Europa notwendig, denn: „Scheitert der Euro, scheitert Europa.“

Bei einer anderen Gelegenheit behauptete sie, dass Länder, die gemeinsame Währungen hätten, nicht Krieg gegeneinander führen könnten - was eine unsinnige bzw. schlichtweg falsche Aussage ist.

Denn wenn sie Länder mit ungedecktem Papiergeld gemeint hat, wird sich kein Fall finden lassen, in dem verschiedene Staaten ein und dieselbe Fiat-Währung geteilt hätten. Dass solche Länder Krieg gegeneinander geführt hätten, dürfte daher relativ selten eingetreten sein. Schließt man die Bürgerkriege mit ein, wird die Behauptung überhaupt unsinnig: Denn natürlich haben die Gegner bis zum Ausbruch des Konflikts mit demselben Geld bezahlt – aber dieser Umstand hat sie nicht daran gehindert, gegeneinander Krieg zu führen.

Stellt man in Rechnung, dass in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts fast überall Gold als Geld verwendet wurde und Mark, Franc, Krone oder Pfund nur eine unterschiedliche Menge des gelben Metalls repräsentierten, wird die Merkelsche Geschichtslektion auch nicht richtiger. Selbstverständlich haben Goldstandard-Länder Kriege gegeneinander geführt – aber seltenere

¹¹ <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Regierungserklaerung/2011/2011-10-27-merkel-eu-gipfel.html>
<http://www.euinside.eu/en/news/germany-greek-debt-to-be-reduced-to-120-of-gdp-by-2020>

¹² "It's clear that we are not...at the end of the Greek problem for the moment. We will have to make some extra efforts--certainly once, perhaps twice--we will see how the situation evolves," (ECB Luc Coene) told Belgium radio station RTBL.<http://stream.wsj.com/story/latest-headlines/SS-2-63399/SS-2-323819>

¹³

<http://www.alsosprachanalyst.com/economy/wolfgang-munchau-120-debtgdp-ratio-by-2020-9-years-of-strikes-in-gr-eece.html>

und deutlich kürzere ¹⁴

Das hängt sehr wohl mit der Währung zusammen – doch auf eine andere Weise als die deutsche Kanzlerin das suggeriert. Die Staaten hatten üblicherweise nicht genügend Goldgeld (und zu wenig Kreditmöglichkeiten), um längere Feldzüge zu finanzieren. Und wenn sie Kriege führten, mussten sie die Konvertierbarkeit (temporär) aufheben.

Das war auch der Grund dafür, dass vor 1914 alle dachten, dass ein allfälliger Krieg zwischen der Entente und den Achsenmächten höchstens ein paar Monate dauern könne. Niemand konnte sich vorstellen, dass man einen vier Jahre lang dauernden totalen Krieg über Kredit und Inflation finanzieren könne.

Würden die heutigen Politiker ehrlich nach dem Geldsystem suchen, das es am schwierigsten macht, Krieg zu führen, müssten sie sich statt für den Euro für einen Edelmetall-Standard einsetzen (und sich gleichzeitig einen Plan ausdenken, wie kriegsgeile Regierungen daran gehindert werden können, die Einlösepflicht für Papiergeld abzuschaffen).

Das wissen die Merkel und ihre Berater natürlich, aber das interessiert sie nicht, weil die behauptete Friedensfunktion des Euro nur taktisches Argument ist (ganz abgesehen davon, dass ein Goldstandard deficit spending unmöglich machen würde).

Auch der Großherzog aller Euro-Machiavellisten, Jean-Claude Juncker¹⁵, muss sich dessen bewusst sein. Das hindert ihn nicht daran, kräftig im Topf mit Kriegsreminiszenzen umzurühren und dabei jenen Teufel an die Wand zu malen, der die Europäer holen wird, sollten sie es wagen, ihren Regenten ins EU-Geschäft zu pfuschen.

Zum Beispiel bei der Neujahrsansprache für das Jahr 2013, zwei Wochen bevor er sein Amt als Chef der Eurogruppe abgab. Die Rede kreiste um das Jahr 1913, das Jahr vor dem Ausbruch des ersten Weltkriegs.¹⁶

In der Literatur des Jahres 1913 finde sich „eine Friedensgläubigkeit, die unbändig war“, sagte Juncker. Diese habe „in keinerlei Hinsicht den Sturm verraten hat, der bereits im Jahr 1914 über Europa hereingebrochen ist – zunächst im Ersten und dann im Zweiten Weltkrieg“. Man habe damals gemeint, der Friede sei „endgültig gesichert, weil wir damals auf 42 Jahre Frieden in Europa zurückblicken konnten“. So wie damals könne dies auch heute eine fatale Fehleinschätzung sein. 2013 werde für die Beantwortung dieser Frage ausschlaggebend werden.

Auch der ehemalige französische Präsident Nicolas Sarkozy, zu Amtszeiten nicht gerade ein Friedensfürst¹⁷, warnte vor Krieg, wurde aber konkreter als sein Kollege aus Luxemburg: „Deutschland und Frankreich haben keine andere Möglichkeit als die Annäherung“, sagte er bei einem Vortrag in New York. „Wenn Deutschland und Frankreich sich nicht annähern, werden

¹⁴Die Zeit zwischen 1815 und 1914 wird manchmal als Hundertjähriger Frieden bezeichnet - was die Kolonialkriege ausblendet. Europa hat während dieses Zeitraums aber weniger große Kriege erlebt als jemals davor oder danach.

¹⁵ Siehe Kapitel "Opa von Europa"

¹⁶

<http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/gerhard-wisnewski/1913-2-13-scheidender-euro-gruppen-chef-juncker-warnt-vor-krieg.html>

¹⁷

<http://www.sueddeutsche.de/politik/frankreich-und-der-krieg-in-libyen-sarkozy-und-das-glueck-des-mutigen-1.1137490>

sie sich bekämpfen."¹⁸

Ist das ernst gemeint? Wie ist dieses Gerede zu verstehen? Was wissen diese Leute, was das Volk nicht weiß? Müssten diese „Warner“, als sie noch im Amt waren, nicht selbst die hier angedrohten Kriege vorbereitet haben?

Oder ist das alles doch nur ein „Schmäh“, mit dem sie nachkobern¹⁹ gehen wie manche Prostituierte, denen der Liebeslohn zu wenig war - frei nach dem Motto: „Leg' was drauf - sonst kommt mein Beschützer und macht Stress!“

Die Friedensprojekt-Kampagne

"See in my line of work you got to keep repeating things over and over and over again for the truth to sink in, to kind of catapult the propaganda." George W. Bush

„Fictions are necessary for the people, and the Truth becomes deadly to those who are not strong enough to contemplate it in all its brilliance. In fact, what can there be in common between the vile multitude and sublime wisdom? The Truth must be kept secret, and the masses need a teaching proportioned to their imperfect reason." Albert Pike, Südstaaten-Offizier und Freimaurer

Die wahrscheinlichste Antwort auf diese Fragen lautet Gott sei Dank immer noch, dass die Politiker einen Propagandakrieg niedriger Intensität führen. Das Schüren von (unbegründeten) Ängsten wird zwar gerne allen möglichen Extremisten in die Schuhe geschoben²⁰ - aber auch die Zentrumsparteien bedienen sich routiniert und ausgiebig dieses Mittels.²¹

Während der vergangenen zwei Jahrzehnte ist jede große europapolitische Weichenstellung zu einer erpresserischen Begleitmusik gefallen: „Wenn wir den Vertrag von Amsterdam nicht unterschreiben, dann...“ „Wenn wir nicht gleich den Euro übernehmen, dann...“ „Wenn wir nicht schnellstens die Osterweiterung durchziehen, dann...“ „Ja... - dann!?! Dann fällt uns der Himmel auf den Kopf!“²²

Weil üblicherweise das getan wird, was die Angstmacher durchsetzen wollen, sind auch die in den Raum gestellten Katastrophen nicht eingetreten. Sie konnten ja gar nicht eintreten, weil die "richtige Entscheidung" getroffen wurde. So einfach lässt sich ein „Beweis“ erbringen, der gar keiner ist!

Nur in Ausnahmefällen und aus großer zeitlicher Distanz lässt sich dieses Vorgehen als das identifizieren, was es gewesen ist: Angstmache.²³ So viele Jahre danach pflegt das aber niemanden mehr zu interessieren. Das Thema ist "alter Kaffee". Es hat aufgehört ein Thema zu sein und das Panikorchester von damals ist tot und vergessen.

¹⁸

<http://www.tagesspiegel.de/politik/drastische-warnung-sarkozy-wenn-die-europaeische-union-zerbricht-droht-ein-krieg/7246106.html>

¹⁹ http://de.wikipedia.org/wiki/Kobern_%28Prostitution%29

²⁰ "Jemand, der Ängste schürt, darf nicht mitregieren", OTS123, 7.10.1994

²¹ Siehe "Panikmache und Versprechen", Seite xxx

²² http://en.wikipedia.org/wiki/Chicken_Little

²³ Vgl. dazu die Vorhersagen vor der Schweizer EWR-Abstimmung im Dezember 1992, die von der AUNS archiviert worden sind.

Üblicherweise geht es aber um mehr, als nur darum, eine einzelne Abstimmung zu beeinflussen. Meist zielen die Schreckensverbreiter darauf ab, jedem bekannte Ängste vor dem Alleinsein, vor dem Dissens mit der Gruppe oder der Verarmung für ihre Ziele auszunutzen.

Das Problematische sind dabei nicht die Ängste selbst, die ja durchaus gerechtfertigt sein können. Das Teuflische ist deren Manipulation durch die Politiker, die zur Folge hat, dass ihre ursprüngliche Funktion verloren geht. Angst ist eigentlich ein evolutionärer Vorteil, der dem Individuum helfen kann, eine Bedrohung rechtzeitig wahrzunehmen und ihr dadurch zu entgehen.

Die Internet-Seite Dailybell hat diese Strategie auf den Namen „angstbasierte Werbekampagnen“ („fear based promotions“) getauft.²⁴

Unter einer solchen Werbekampagne wird eine lang laufende, meist niederschwellige Propagierung eines angstgetriebenen Glaubenssystems verstanden. Diese Kampagne ist so gestaltet, dass sie Verhaltensänderungen hervorruft, die es den Herrschenden erleichtern, der Bevölkerung ihre „Medizinen“ gegen die angeblich drohenden Gefahren unterzujubeln.

Der amerikanische „Krieg gegen den Terror“ wird oft als eine solche Politik der Angsterzeugung beschrieben, etwa von einem in Arizona lehrenden Soziologen namens David Altheide.²⁵ Dieser untersucht die von der Bush-Administration angestoßenen und den Massenmedien exekutierten Angstkampagnen zur Vorbereitung des Irak-Kriegs oder der Maßnahmen zur Kontrolle des Internet. In seinen Beispielfällen bemächtigt sich die „Sicherheitspolitik“ der Zentralregierung der Wahrnehmungen von Gefahr und Risiko und manipuliert sie in ihrem Sinn. Dies mündete nach 9/11 in einen breiten Abtausch von bürgerlichen Freiheiten gegen das Versprechen von mehr Sicherheit.

Die Pointe dabei ist, dass die amerikanische Regierung jene Gefahr (mit)erzeugt hat, die sie zu bekämpfen vorgibt. Das war schon beim "Krieg gegen die Drogen" so und das ist beim "Krieg gegen den Terror" wieder der Fall. Das ist weder eine "urban legend" noch eine Verschwörungstheorie. Es wird, wenn es gerade in den Kram passt, auch offiziell eingeräumt.²⁶ (Noch) nicht offiziell zugegeben wird, dass diese "Gefahr von außen" noch immer an den Fäden einer vorgeblich demokratischen Staatsmacht hängt und von ihr selbst oder ihren Verbündeten finanziert und gesteuert wird - siehe Libyen und Syrien. Der kanadische Autor Peter Dale Scott beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit dieser Grauzone, der amerikanischen "tiefen Politik".²⁷

Das alles ist nicht besonders originell und irgendwie langweilig. Es ist eigentlich nichts, was einem durchschnittlichen Europäer nicht wenigstens vage bewusst wäre. Was aber, wenn das nicht nur ein machtpolitisches Schachspiel amerikanischer Regierungen wäre, sondern eines, das ähnlich auch in Europa gespielt wurde und wird - von nationalen und supranationalen

²⁴ Dailybell hat übrigens auch den Begriff der "Internet-Reformation" geprägt - eine interessante historische Analogie. Wie im 16. Jahrhundert der Buchdruck sorgt heute eine neue Kommunikationstechnologie für die "Demokratisierung von Herrschaftswissen". Wie damals gehen die Herrschenden auch heute mit einer Doppelstrategie vor: mit der "Bändigung" der neuen Technologie über Gesetze und dem Einsatz von Einflussagenten, die sich des neuen Mediums bedienen; was damals hochgebildete Jesuiten waren, ist heute zu bezahlten "Trollen" degeneriert.

²⁵ Terrorism and the Politics of Fear, 2006

²⁶ "We funded the people we are fighting today 20 years ago", Ex-Außenministerin Hillary Clinton.
<http://www.youtube.com/watch?v=Dqn0bm4E9yw>

²⁷ http://japanfocus.org/-Peter_Dale-Scott/3578

Tiefenstrukturen?²⁸ Ein Spiel nach dem Motto: Wir destabilisieren und verängstigen, um politische Ziele zu erreichen? Würde eine solche Politik dadurch irgendwie akzeptabler?

Wohl kaum - aber sie hat fast immer unerwünschte Nebenwirkungen. Die Strategie der Spannung gleicht einem alten Vorderlader, der nach langer Zeit zum ersten Mal wieder benutzt wird: Er hat noch immer eine hohe Durchschlagskraft, aber eine erbärmliche Treffergenauigkeit und birgt ein hohes Risiko für den Schützen selbst. Es besteht die Gefahr, dass das Gewehr schließt explodiert bzw. dass der Schuss "nach hinten losgeht".

Im Krieg mag das Erzeugen von Angst nützlich sein, um das Letzte aus den Soldaten herauszuholen. Aber das ist eine Extremsituation. Trägt man im Frieden zu dick auf, lähmt die Angst oder führt, noch schlimmer, zu unerwünschten Reaktionen: zum Beispiel dass sich die Leute bewaffnen, dass sie den Nachrichtensendungen erst gar nicht mehr zuhören oder dass sie ihr Geld von der Bank holen.

Da ist positive politische Werbung viel ungefährlicher. Zum Beispiel die inszenierte Euphorie nach der Verleihung des Friedensnobelpreises an die Union im Oktober 2012.

In Österreich wurde die Preisverleihung für eine Imagekampagne genutzt, die von den Pressebüros der Machtinstitutionen getragen wurde. Der Schlüsselbegriff war die an totalitäre Rhetorik erinnernde Phrase vom „Friedensprojekt EU“. Irgendein Spin-Doktor musste in den Institutionen Vorträge gehalten haben, wie wichtig es sei, „Begriffe zu besetzen“.

Die Stockholmer Entscheidung kam angeblich überraschend. Sie schlug ein wie der sprichwörtliche Blitz aus heiterem Himmel. Der Äther füllte sich mit der frohen Botschaft. Jeder, der an diesem Tag an ein Rednerpult trat und Bedarf nach einem aktuellen Bezug hatte, erwähnte es.

Es war auch zu schön. „Die EU kriegt einen Nobelpreis! Es ist so unfassbar, dass wir das heute in den Medien lesen können! Ich hab's zuerst nicht geglaubt“, wurde ekstatisch gerufen.²⁹

Es war, als habe man nach einem langen Irrweg endlich wieder eine Wegmarkierung passiert. Es war eine Bestätigung, auf dem rechten Weg zu sein. Es war besser als ein am Vorabend gewonnenes Ländermatch.

Sieht man sich an, wer diesen Terminus verwendet, sind es zu 60 bis 70 Prozent Politiker von SPÖ und ÖVP, deren Unter- und Landesorganisationen sowie die Kammern und Gewerkschaften, oft in einem nicht passenden Kontext oder nachgestellt als eine Art „ceterum censeo“. Sein Gebrauch zeigt deutliche Spuren von "Strategischer Kommunikation" bzw. "Sprachmanipulation".³⁰

Außerhalb dieses parteipolitischen und „korporatistischen“ Zusammenhangs wird der Begriff nicht oder nur sehr selten verwendet.

Nach dem 12. Oktober explodiert die Verwendung des schon etliche Jahre vor geschaffenen Slogans. In den ersten sechs Wochen nach der Zuerkennung des Friedenspreises taucht er in der

²⁸ http://de.wikipedia.org/wiki/Strategie_der_Spannung

²⁹ <http://www.youtube.com/watch?v=kjODWtqX2C4>

³⁰ "Sprachmanipulation erfolgt bewusst durch Multiplikatoren wie Parteien, Politiker, Journalisten, Interessenverbände und Werbetreibende – Gruppen, die hinsichtlich ihrer Reichweite (Sprachverbreitung) eine privilegierte Stellung innehaben." <http://de.wikipedia.org/wiki/Sprachmanipulation>

Öffentlichkeit öfter auf als in den vorangegangenen neun Monaten zusammen - 60 Mal.³¹

Auch im Dezember 2012 kommt er noch auf 40 Nennungen. Doch nach Weihnachten gibt es bis April kaum noch „Friedensprojekte“. Dem Slogan geht die Luft aus. Im Mai und Juni wird mit den gehäuften Gedenkanklässen (Kriegsende 1945, Unterzeichnung Staatsvertrag) sowie dem bevorstehenden Beitritt Kroatiens auch der Friedens-Agitprop wieder etwas massiver.

Den Vogel schießt die Wiener SPÖ ab, die vor ihrem Donauinsselfest 2013 ein Gütesiegel für Stadtfestivals vorschlägt, dessen einleitender Text mit dem Satz beginnt: „Die Europäische Union ist ein Friedensprojekt, welches weit über seine Grenzen hinaus strahlt und welches es zu schützen gilt! Im Mittelpunkt stehen der Mensch und seine Umgebung!“

Im Sommer 2013 apportieren Sozialpartner und Stadt Wien wenigstens ab und zu: „Damit sich die Finanzkrise nicht zu einer sozialen Krise in Europa auswächst und das Friedensprojekt EU nicht gefährdet wird, fordert ÖGB-Chef Foglar eine effektive Einbindung der Sozialpartner in die wirtschaftspolitische Steuerung der EU...“ Oder eine Wiener Landtagspolitikerin: „Europa ist ein Friedensprojekt - der vergangenen Jahr verliehene Friedensnobelpreis gibt uns weiterhin die Kraft und den Mut, den gemeinsamen Weg fortzusetzen.“

Zu Jahresende scheint sich die Kampagne endgültig totgelaufen zu haben - nur mehr enttäuschende vier "Friedensprojekte" im Dezember 2013. Dafür bekommen SPÖ und ÖVP Unterstützung von einer neuen Oppositionsgruppierung: "Matthias Strolz, Klubobmann der Neos, unterstrich wiederum den Europagedanken: 'Gerade zu Weihnachten kann man sagen, Europa ist ein ganz großes Friedensprojekt.'"³²

Dabei ist gegen die Aussage, politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mache Kriege unwahrscheinlicher, ja nichts einzuwenden Faktisch ist mit der verunglückten Friedensprojekt-Kampagne aber Werbung für ein Projekt betrieben worden, das zum Spaltpilz für die europäischen Völker geworden ist.

Das zugrundeliegende Konzept gleicht auf geradezu gespenstische Weise der Friedenspropaganda der untergegangenen DDR. Die offizielle Friedensbewegung war dort der ZK-Abteilung Auslandsinformation zugeordnet und wurde von der Stasi geführt.³³

Der Friede - oder das, was die SED darunter verstand - war in der DDR aber nicht nur Instrument der Auslandspropaganda, sondern auch Teil des ostdeutschen Selbstverständnisses, ein Minimalkonsens für den Fall, dass alle anderen Möglichkeiten, politische Gemeinsamkeiten zu finden, erschöpft waren. Und es war zuerst und vor allem Reklame für den eigenen Staat, die "Deutsche Demokratische Republik".

Welcher Krieg?

Interessanter als das nach Publicity heischende "pazifistische" Selbstverständnis der EU ist die Frage: Ist das dunkle Raunen von Merkel, Juncker und Fischer mehr eine Angstkampagne, die dazu dient, die Herde in die gewünschte Richtung zu scheuchen?

Und wenn mehr dahintersteckt: Wie sieht der Krieg wirklich aus, der auf Europa zukommt?

³¹ Auf Basis der Verwendung des Begriffs in APA Basisdienst und OTS.

³² OTS 01, 25.12.2013

³³ http://de.wikipedia.org/wiki/Friedensrat_der_DDR

Wer kämpft da gegen wen, worum und warum sollte eine Zentralisierung diesen verhindern?
Warum verzichten die Politiker darauf, Ross und Reiter zu nennen oder wenigstens anzudeuten,
in welcher Ecke sich das Gewitter zusammenbraut?

Gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen bewaffneten Gruppen gibt es viele und sie werden mit unterschiedlichen Gründen und Zielen geführt.

In Europa gab es im 17. Jahrhundert und 18. Jahrhundert ständig Kriege zwischen Frankreich und Deutschland und die drehten sich um die Hegemonie in Mitteleuropa. Sind es solche, vor denen die europäischen Politiker von Juncker bis Sarkozy warnen?

Mit welchen Kriegszielen sollten Deutschland und Frankreich 2014 in eine solche Auseinandersetzung gehen? Mit den gleichen wie vor 100 Jahren? Und um welche Beute sollte es in einem solchen Kampf gehen? Um die Kohlegruben im Ruhrgebiet? Um das Elsaß?

So etwas zu behaupten wäre ein aufgelegter Unsinn. Mag sein, dass die Geographie das Schicksal eines Staats beeinflusst - aber warum sollten die Franzosen und Deutschen sich heute nach alten Maximen richten, die unter den Bedingungen der modernen Waffentechnik auf Selbstmord hinauslaufen? Warum sollten sie um eine Kriegsbeute kämpfen, die in der heutigen Welt ihre wirtschaftliche Bedeutung und ihre symbolische Attraktivität verloren hat?

Die geostrategischen Frontstellungen, die es einmal gegeben hat, als Europa noch der Nabel der Welt war, sind heute höchstens in Ansätzen noch vorhanden. Sie haben letztlich aber ebenso ausgedient wie die Wirtschaftspolitiken der frühen Neuzeit. Warum also sollte die heutige Politik von den gleichen Prämissen ausgehen wie Kardinal Richelieu oder Bismarck?

Dass es bei einem Scheitern der EU Krieg in Europa geben könnte, ist gleichwohl wahr. Doch aus welchem Loch käme dieser gekrochen? Vielleicht aus eben jenem, das die Supranationalisten selbst gegraben haben, indem sie die einen dazu gezwungen haben, Geld zu verborgen und die anderen, sich dem Diktat der Kreditoren zu beugen!

Leute wie Juncker sind ausreichend ehrlich, um den Finger in diese die Wunde zu legen, wahrscheinlich, weil sie sich davon einen politischen Gewinn versprechen. Gleichzeitig sind sie so unehrlich, um den Beitrag, den sie zum Entstehen einer solchen Vorkriegssituation geleistet hat, unter den Tisch fallen zu lassen.

Im Frühjahr 2013 erklärt Juncker in einem „Spiegel“-Interview, er sehe erste Anzeichen für eine neue europäische Auseinandersetzung in den Wahlkämpfen in Griechenland und Italien und fährt fort: "Plötzlich kamen Ressentiments hoch, von denen man dachte, sie seien definitiv abgelegt."

Jaja, schon - aber: Wer oder was hat diese schlummernden Ressentiments wieder an die Oberfläche geholt, wenn nicht die "Glühenden Europäer" mit ihrer von Hegel und Marx inspirierten politischen Dialektik, die letztlich auf eine Katastrophenpolitik hinausläuft; auf eine Politik, die nationalistische Gegenbewegungen nicht nur hinnimmt, sondern geradezu provoziert, um rascher zu einer endgültigen Klärung der Verhältnisse auf dem Schlachtfeld zu gelangen?

Was Juncker hier andeutet, ist der Stoff aus dem Bürgerkriege bestehen, wie jener, der von 1861 bis 1865 zwischen den Nord- und den Südstaaten in den USA ausgefochten wurde. Über die moralische Berechtigung der Sklaverei werden sich die Spanier und Deutschen heute nicht mehr in die Haare kriegen - aber vielleicht darüber, ob die Ersteren das Recht haben, mit ihrer Budgetpolitik die Kaufkraft der gemeinsamen Währung zu ruinieren oder darüber, ob Berlin

über das Recht verfügt, Austeritätsmaßnahmen gegen die spanische Bevölkerung durchsetzen zu lassen!

Krieg wird es im 21. Jahrhundert aber auch aus ganz anderen Gründen geben, beispielsweise im Kampf um materielle Ressourcen und Energie auf einem Planeten, der bald von zehn Milliarden Menschen bevölkert wird.³⁴

Das wären Kriege, die nach außen und gegen Dritte geführt würden. Dass es bei der gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik eher um derlei geht als um - wie es so schön heißt - die Integrität eines Staatsterritoriums, kann jeder vernehmen, dessen politischer Gehörsinn noch nicht vollkommen abgestumpft ist.

Noch tauchen diese Projekte nur in verschlüsselter Form auf und lediglich notorische Provokateure, die auf die politische Korrektheit pfeifen, wagen es, diese anzudeuten. Zum Beispiel Posener auf der letzten Seite seines Traktats, wo er den Europäern u.a. wünscht, sie mögen „kleinmütige nationale Egoismen“ überwinden um „durch Schaffung gemeinsamer Streitkräfte Europas Rohstoffreserven und Menschen vor dem Zugriff seiner imperialen Rivalen und chaotischer Glaubenskrieger zu sichern“.

Ein solcher Satz aus dem Mund eines ausgefuchsten Außenpolitik-Redakteurs hat es in sich. Es lohnt sich, ihn mehrfach zu lesen und über ihn nachzudenken.

Posener nennt in diesem Halbsatz den politischen Kern seiner imperialen EU, der üblicherweise nicht ausgesprochen wird. Er deutet dabei auch das wichtigste Einsatzgebiet des künftigen EU-Militärapparats an: in Afrika, vor allem aber im Arabischen Golf, dessen Ölreserven Posener offenbar den Europäern zuordnet.

Welchen anderen Sinn würde sonst die Erwähnung von Dschihadisten machen und von welchen anderen Reserven könnte er wohl sprechen? Europa selbst hat auf eigenem Territorium keine nennenswerten Vorkommen von Rohstoffen oder Erdöl³⁵, die man mit einer gemeinsamen Armee vor Glaubenskämpfen schützen müsste.

Die europäischen Länder werden bei den natürlichen Ressourcen und der Energie künftig noch stärker als bisher auf Russland, Mittelasien, die Golfstaaten und eben Afrika angewiesen sein. Sie sollten sich aber darüber klar werden, dass sie in einer solchen Situation vor allem und zuerst ausreichend internationale Zahlungsmittel verdienen müssen, um Öl erwerben zu können. Battlegroups sind kein Ersatz für eine international kaufkräftige Währung. Wer das nicht akzeptiert, muss sich tatsächlich zum Hilfspolizisten am Golf machen lassen oder notfalls sogar eine europäische Variante der Carter-Doktrin verkünden und bereit sein, sich allein dorthin aufzumachen.³⁶

Wie heikel das Thema vor allem in Deutschland ist, hat sich vor drei Jahren beim Rücktritt des damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler gezeigt. Auslöser war ein Interview, in dem Köhler, der Anfang der 1990er Chefverhandler der Deutschen für Maastricht war, gesagt hatte:

"Meine Einschätzung ist aber, dass wird insgesamt auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser

³⁴ Siehe dazu Danny Dorling, Population 10 Billion, 2013. 1988 erreichte die Weltbevölkerung fünf, 2000 sechs und 2011 sieben Milliarden Menschen. Acht Milliarden werden angeblich erst 2025 erreicht sein.

³⁵ Sieht man vielleicht vom sich rasch erschöpfenden Nordseeöl ab, das den Briten und Norwegern gehört.

³⁶ http://en.wikipedia.org/wiki/Carter_Doctrine

Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen."³⁷

Es erhob sich ein Empörungsturm, in dem jene am lautesten aufschrien die sich inzwischen zu Supereuropäern gemausert haben - die Grünen, die Köhlers Sager deutschnationalistisch verstehen wollten . "Es ist mit unserer Verfassung nicht zu vereinbaren, Kanonenbootpolitik zu betreiben", urteilte Jürgen Trittin, damals Fraktionschef im Bundestag.

Doch Köhlers Fehler hatte höchstens darin bestanden, von Deutschland und nicht von der EU zu reden. Denn in der Union steht eine solche "Kanonenbootpolitik" schon seit zehn Jahren im Pflichtenheft der Gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik. Wenn nicht offiziell, dann offiziös. Denn das ökonomische Überleben liegt klarerweise im "vitalen Interesse" der Union. Es darf und soll zu Missionen führen, "um Handelswege und den freien Fluss von Rohstoffen zu beschützen".³⁸

Interessanterweise hat der aktuelle deutsche Bundespräsident Gauck Anfang 2014 eine Rede gehalten³⁹, in der er noch viel lauter mit dem Säbel gerasselt hat als sein Amtsvorgänger. Gauck forderte "mehr Engagement" und kritisierte u.a. einen Pazifismus, "der Deutschlands historische Schuld benutzt, um dahinter Weltabgewandtheit oder Bequemlichkeit zu verstecken". Statt zu japsen zu beginnen wie vier Jahre vorher, gaben sich die Grünen besonnen. Deutschland solle seine "militärische Zurückhaltung nicht einfach binnen kürzester Zeit aufgeben". Die einzige Partei, die sich wirklich über Gauck echauffierte, war die „Linke“.

³⁷

http://www.deutschlandradio.de/sie-leisten-wirklich-grossartiges-unter-schwierigsten.331.de.html?dram:article_id=203276; eigene Hervorhebung

³⁸ ISS, European Defence. A proposal for a White Paper. 2004. S.13

³⁹ <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-01/muenchner-sicherheitskonferenz-gauck-rede-deutsche-aussenpolitik>